Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

SV — Gegr. 1840.

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh. Der monatliche Bezugspreis ist freibleibend, die Einzelnummer kostet 15 Goldpfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. Nr. 16 und Bahnhofstr. Nr. 3, — Fernruf 2. — Postscheck-Konto Köln Nr. 10158.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkehr 8 Goldpfg., f. Auswärtige 10 Goldpfg., Reklamen 40 Goldpfennig; Offertengebühr 25 Goldpf., umzurechnen nach dem am Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollar-Kurs. Zahlbar bei Aufgabe, spätestens 3 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewährter Rabatt gilt nur als Kassenrabatt.

Nr. 30 — Olpe, Dienstag, den 5. Februar 1924. — 84. Jahrg.

× Zentrum und Wahlangst.

Von parlamentarischer Seite werden uns die Ausführungen zur Verfügung gestellt, die der alterprobte Zentrumsführer **Herold** im Preußischen Landtag aus Anlaß der **Beratung der Grundsteuer** machte. Bekanntlich hat das „Berliner Tageblatt" und ihm nachahmend eine ganze Reihe Preßorgane die Haltung des preußischen Zentrums zu dieser Grundsteuer als von einer **„Wahlangst"** diktiert, bezeichnet. Es ist darum zu begrüßen, wenn ein so hervorragender in langem parlamentarischen Kampfe ergrauter Führer wie der Abgeordnete **Herold**, sich auch einmal zu der Frage des Verantwortungsgefühls der Zentrumspartei im Gegensatz zu gewissen anderen Parteien dienstlich geäußert hat. Wir geben die nachfolgenden Ausführungen nach dem stenographischen Wortlaut wieder:

„Niemand wird bestreiten, daß gerade in den letzten Monaten sich für die Landwirtschaft Verhältnisse entwickelt haben, welche sehr ungünstig sind und zwar in einer Weise, wie man es vor einem halben Jahr in dieser Kürze des Zietraums für möglich gehalten hätte. Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die Landwirtschaft einer **Agrarkrisis** entgegengeht, die vielleicht schlimmer ist als alle Zeiten, die wir hinter uns haben, namentlich auch als in den schweren Zeiten der neunziger Jahre. (Sehr richtig! im Zentrum.) Diese Verhältnisse muß man auch in der Steuerbelastung berücksichtigen. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Es kommt hinzu, daß die Steuern, die jetzt hier verlangt werden, nicht die einzigen sind, sondern daß in der neueren Zeit eine Konzentrierung von Abgaben für die Landwirtschaft, insbesondere auch durch das Reich eingetreten ist, die ganz außerordentlich hoch ist und die unzweifelhaft zu einer Belastung führt, daß dadurch für das Allgemeinwohl und für unsere ganze Produktions- und Leistungsfähigkeit die schwersten Bedenken hervorgerufen werden. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Wir alle im Zentrum ohne Ausnahme waren gewillt, nach Möglichkeit für die Finanzen des preußischen Staates zu sorgen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Nachdem aber die Verhandlungen gescheitert sind, haben sich die Ansichten insofern geteilt, als eine Anzahl meiner Freunde glaubt, den Sätzen, wie sie nunmehr im Ausschuß beschlossen worden sind, die Zustimmung nicht geben zu können. Ein anderer Teil, der aber auch ebenso gut Bedenken gegen die Höhe hat, jedoch, im jetzigen Zeitpunkt eine ablehnende Haltung nicht einnehmen zu sollen, und will diesen Sätzen und der Gesamtverordnung die Zustimmung geben. Alle ohne Ausnahme sind aber von dem Gedanken durchdrungen, dem **Staate** zu geben, was er zu **seiner Existenz notwendig** hat.

Wenn sich ein Teil ablehnend verhält, so geschieht das — das möchte ich ausdrücklich betonen — nicht etwa aus wahltaktischen Gründen, (sehr richtig! im Zentrum), sondern einzig aus dem Grunde, weil wir einmal glauben, daß die Sätze selbst zu hoch sind, zum andern, weil wir der Ansicht sind, daß der preußische Staat auch mit geringeren Sätzen wird bestehen können. Wir weisen es zurück, wenn es jetzt so dargestellt wird, als ob wahltaktische Gründe in Betracht kämen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir alle im Zentrum haben sehr häufig für viel unangenehmere Dinge die Verantwortung auf uns genommen; wenn alle anderen Parteien versagt haben, haben wir in geschlossener Einigkeit für das gestimmt, was wir im Staats- und Reichsinteresse für notwendig hielten. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Für mich persönlich kann ich das ganz besonders in Anspruch nehmen, da ich sehr häufig für Dinge gestimmt habe, die gerade für meine engeren Berufsgenossen ganz außerordentlich unangenehm gewesen sind, (Sehr richtig! im Zentrum), da ich mich niemals gescheut habe, auch die schwersten Vorwürfe entgegenzunehmen, wenn ich im Interesse des Staatswohls eine solche Abstimmung und Forderung für gerechtfertigt erachtete. Ich brauche nur auf die letzte Getreideumlage hinzuweisen; ich will aber auf Einzelheiten nach der Richtung gar nicht eingehen. Wer einigermaßen mit den parlamentarischen Verhältnissen vertraut ist, der weiß das. Ich nehme es aber auch, wie gesagt, für die Gesamtfraktion in Anspruch. Ich möchte darauf hinweisen, daß **alle Parteien ohne Ausnahme** zeitweise die Verantwortung zu übernehmen und in der Regierung zu wirken **abgelehnt** haben. Gerade, wenn die Verhältnisse am **schwierigsten waren**, dann haben sie **versagt, wohingegen die Zentrumspartei seit dem Umsturz immer und in jeder Lage positiv mitgewirkt und sich niemals gescheut hat, die Verantwortung zu tragen**, bis auf den heutigen Augenblick, so daß man nach der Richtung hin, glaube ich, der Zentrumspartei gegenüber nicht Vorwürfe machen sollte, daß wahltaktische Rücksichten die Ursache seien (Bravo! im Zentrum.) Sondern es sind einfach und allein die verschiedenen Auffassungen für das, was unbedingt notwendig ist, und danach stimmt jeder nach seiner Ueberzeugung, wie er es für richtig und angemessen erachtet.

Allgemein — darin besteht auch Einigkeit — wollen wir alle dem Staate geben, was wir für notwendig gehalten; nur die Auffassung geht darüber auseinander, wie hoch das nun sein soll, was für das Staatswohl im jetzigen Augenblick unbedingt notwendig ist. Das ist die Stellung, die wir einnehmen. Das Interesse für die Landwirtschaft ist auch bei der Gesamtpartei ohne Ausnahme vorhanden. Das ist die Stellung, die wir einnehmen, und ich glaube, daß gegen diese Stellung niemand begründeten Einwand zu erheben in der Lage ist. (Bravo! im Zentrum.)"

Auch Millerand für die Pfänderpolitik.

Paris, 4. Febr. (Drahtb.)

Präsident Millerand hielt bei einem Bankett der republikanischen Journalisten eine Rede, da Poincare wegen einer Erkältung nicht daran teilnehmen konnte. Er sprach sich darin ausführlich über die Gründe des **Sturzes der Pariser Devisen** unter Wiederholung der bekannten Angriffe gegen ihre angeblichen Urheber aus. (Daß Präsident Millerand auch das nun so oft schon wiederlegte Ammenmärchen von der Schuld der *** Deutschen wiederholt macht dasselbe nicht wahrer. Es tut uns nur leid, daß Millerand in dieser Frage so wenig zugelernt hat. Ist es Bosheit und böser Wille? Die Red.) Der Präsident schloß, Frankreich habe schon schlimmere Verletzungen überstanden als finanzielle, es werde auch jetzt durchhalten, wie es während des Krieges durchgehalten habe. Es wolle, daß seine ehemaligen Feinde das bezahlten, was sie sittenwidrig zerstört hätten. Da die Ueberredung nicht zum Ziele geführt habe, sei Frankreich gezwungen, im Verein mit seinen belgischen Freunden **zum Zwange zu greifen und durch die Beschlagnahme eines Pfandes die restlose Einziehung der Schulden Deutschlands sicher zu stellen.** Jetzt wären die Verpflichtungen fällig, die Frankreich während des Verlagens seiner Schuldner kontrahiert habe. Diese Verpflichtung werde es erfüllen. Um seinen Kredit intakt zu machen, werde es alle seine Hilfsquellen zur Verfügung stellen.

Das Martyrium der deutschen Pfalz.

Neue deutsche Pfalznote.
Neuer Mord der Separatisten.

Die chaotischen Zustände in Pirmasens.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Pirmasens, 5. Febr. (Drahtb.)

Die **gesetzlosen** Zustände infolge der **Verhaftung** und **Verschleppung der städtischen Polizeibeamten** haben sich dadurch ernstlich verschärft, daß die **städtischen Beamten an der ordnungsmäßigen Geschäftsführung behindert sind und keine Erwerbslosenunterstützungen ausgezahlt werden können. Erwerbslose und Gesindel mit roten Armbinden haben unter Führung von Separatisten**, die gleichfalls rote Armbinden tragen, das **Stadthaus besetzt** und die noch nicht ausgewiesenen **Stadtratmitglieder ins Rathaus geschleppt, dort 12 Stunden festgehalten, und mit den schärfsten Zwangsmaßnahmen gedroht für den Fall, daß sie nicht die sofortige Auszahlung der Erwerbslosenunterstützungen anordnen würden.** Da die Stadträte nicht beschlußfähig waren und ihnen zur Auszahlung keine Gelder zur Verfügung standen, wurden die Beamten auf ihren Protest hin wieder freigelassen. Der französische **Bezirksdelegierte** hat auf ihre Vorstellungen hin erklärt, er sei bei der geringen Besatzung von 30 Mann solchen Zuständen gegenüber machtlos.

Die Separatisten versuchen es mit Gold und Hunger.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

WTB Frankfurt, 4. Febr. Aus der Pfalz wird gemeldet: Die Separatisten ließen den Landbürgermeisterämtern der Pfalz durch ihre Afterbezirksämter ein Schreiben zugehen, in dem erklärt wird, daß **100 000 Goldmark für Erwerbslosenfürsorge bereit** lägen, jedoch nur für diejenigen Gemeinden, **welche eine Treuerklärung gegenüber der Regierung gegeben hätten, ohne sie später zurückzunehmen.** Diejenigen Gemeinden, die die Erklärung zurückgenommen hätten, würden keinerlei Unterstützung in Paß- oder anderen Angelegenheiten erhalten. Die **Mittel der Separatisten können nur aus der bekannten ausländischen Quelle** stammen. Kennzeichnend dafür ist, daß der sogenannte Präsident Bley beim letzten Pressempfang auf die Frage nach der Herkunft der Geldmittel, sichtlich in Verlegenheit geriet und eine Antwort ablehnte.

Geräumt und wieder besetzt.

WTB Mainz, 5. Febr.

Das gestern abend von den Separatisten geräumte Kreisamt ist in später Nachtstunde von den Anhängern der sog. autonomen Regierung der Pfalz wieder besetzt worden.

Entwaffnung und Verhaftung der Gendarmeriebeamten.

WTB Kirchheim-Bolanden, 5. Febr.

In Golheim und Murheim sind die Gendarmeriebeamten von den Separatisten entwaffnet und verhaftet worden.

Ein neuer Mord der Separatisten.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Heidelberg, 5. Febr. (Drahtb.) Die Separatisten haben den 24jährigen Arbeiter **Herbert** erschossen. Es handelt sich dabei um einen **regelrechten Mord.** Der Arbeiter Herbert hatte sich in einer Wirtschaft mißliebig über die Separatisten geäußert. Er wurde von Separatisten verhaftet und von 2 bewaffneten Separatisten abtransportiert. Als er die Flucht ergreifen wollte, wurde er von ihnen, anstatt zurückgehalten und ergriffen, **sofort niedergeknallt.** Die gerichtliche Behandlung dieses Falles wurde von den Separatisten abgelehnt, mit der Begründung, dies gehe die deutschen Gerichte nichts an.

Eine neue deutsche Note in der Pfalzfrage.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Berlin, 4. Febr. (Drahtb.) Wegen der Zustände in der Pfalz hat heute die deutsche Regierung der französischen Regierung eine weitere Note zugehen lassen, in der sie ausführt, **daß die fürchterlichen Zustände in der Pfalz für die deutsche Regierung und das deutsche Volk nicht mehr länger zu ertragen sind.**

Ein Pfalztag in ganz Deutschland.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Berlin, 5. Febr. (Drahtb.)

Von den verschiedensten Volksschichten aller Teile des Deutschen Reiches ist in der letzten Zeit vielfach gefordert worden, **der unbedingte Zusammengehörigkeit aller deutschen Stämme mit den Pfälzern sichtbaren und machtvollen Ausdruck zu verleihen.** Wie wir erfahren, wird am **Sonntag, dem 17. 2. im ganzen Reiche ein Pfalztag** stattfinden, als eine **machtvolle Kundgebung der Brudertreue und als Opfertag für die deutsche Pfalz.** Die Kundgebung geht aus und wird betrieben von den politischen Parteien, von den großen wirtschaftlichen Verbänden, sowie von den sonstigen kulturellen Vereinigungen. Es ist bereits ein Arbeitsausschuß gebildet worden, der alle Vorbereitungen treffen wird, um den Pfalztag in ernster und würdiger Weise durchzuführen. **Gleichzeitig wird aufgefordert, in allen Städten und Gemeinden örtliche Arbeitsausschüsse zu bilden, die sich die Vorbereitung und Durchführung der Pfalzkundgebung angelegen sein lassen sollen.**

Italien erkennt Sowjetrußland an.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Rom, 4. Februar.

Die italienische Regierung hat die Anerkennung der russischen Sowjetregierung beschlossen und ausgesprochen.

WTB Rom, 4. Febr. Die Anerkennung der neuen russischen Regierung hat es notwendig gemacht, den Text des russisch-italienischen Vertrages, der bereits gedruckt und von den beiderseitigen Unterhändlern bewilligt worden war, nach Moskau zu senden. Ein Kurier ist gestern nach Moskau abgereist.

Die Arbeiten der Sachverständigen.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Berlin, 4. Febr. (Drchtb.)

Der 1. Sachverständigenausschuß für die Untersuchung der Währungsfrage beschäftigte sich heute mit den Vorbereitungen zum Plan einer Golnotenbank. Der Unterausschuß für das Budget hat heute den deutschen Haushaltsplan für 1924 geprüft und von der deutschen Regierung hierzu weitere Informationen erhalten. Man denkt mit dem Staatssekretär und weiteren deutschen Sachverständigen die einzelnen Einnahme- und Ausgabeposten durchzugehen. Der 2. Ausschuß, der überhaupt nur einige Tage in Berlin bleiben wollte, hofft Ende der Woche mit seinen Arbeiten in Berlin fertig zu sein. Höchstwahrscheinlich wird er Ende der kommenden Woche wieder in Paris zusammentreten.

Ruhrhilfe aus Lima.

Die nunmehr abgeschlossenen Sammlungen für die Ruhrspende haben in Lima (Peru Südamerika) im ganzen 3365 englische Pfund ergeben. Außerdem haben die in Arequipa, Piura und Trujillo veranstalteten Sammlungen zusammen 1413 Lp. ergeben. Für die „Deutsche Nothilfe" sind als erste Rate 200 Pfund Sterling eingegangen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages

hat dieser Tage eine vierstündige Sitzung den Erörterungen derjenigen großen und schwierigen Fragen gewidmet, die durch die geplante dritte Steuernot-Verordnung der Reichsregierung aufgeworfen wurden. Man verschloß sich dem Ernst der Lage, die unbedingt entscheidende Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Stabilität der Währung erfordert, keineswegs. Indessen wird man nicht verhehlen dürfen, daß gegen die Form, in welcher viele der schwebenden Fragen geregelt werden sollen, sich erhebliche Bedenken geltend machen lassen. Infolgedessen hat die Zentrumsfraktion beschlossen, einen mehrgliedrigen Ausschuß zu bilden, der diese Angelegenheit einer besonderen Untersuchung und Beratung unterzieht und der die Aufgabe hat, mit den maßgebenden Stellen der Reichsregierung in Verbindung zu treten, um dort die Bedenken zu vertreten und gegebenenfalls eine Aenderung zu erzielen. Inzwischen sind auch schon mehrere der erhobenen Einwende dadurch berücksichtigt worden, daß die ursprüngliche Form der Regelung einer Aenderung unterzogen wurde.

Der Briefwechsel zwischen Poincare und Macdonald.

Der Briefwechsel zwischen Poincare und Macdonald.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Paris, 4. Febr. Der Briefwechsel zwischen Macdonald und Poincare wurde heute veröffentlicht.

Macdonald

hat an Poincare folgenden Brief gerichtet:

„Unsere beiden Länder haben Seite an Seite solche Zeiten der Krisen durchlebt und gemeinsam solche Opfer gebracht, daß in dem Augenblick, in dem ich die Regierung übernehme, ich Ihnen einen persönlichen Brief übermittele, nicht nur, um Sie von dem Wechsel des Kabinetts zu unterrichten, sondern auch, um Ihnen meine Grüße und meine guten Wünsche zu übermitteln. Es ist mir unangenehm, so viele unerledigte Fragen vorzufinden, und ich versichere Sie, daß es meine tägliche Sorge sein wird, dazu mitzuwirken, sie zu unserem gemeinsamen Nutzen zu regeln. **Sie haben Ihre öffentliche Meinung, ich habe die meinige, Sie haben Ihre nationale Sicherheit zu stärken und zu verteidigen, ich die meinige.** Manchmal, auf den ersten Blick könnten sie in **Widerspruch** stehen, aber ich bin sicher, daß durch eine äußerste Anstrengung guten Willens diese Konflikte geregelt werden können und daß es möglich sein wird, politische Mittel zu finden, die Frankreich und Großbritannien gestatten werden, das freundschaftliche Zusammenwirken miteinander aufrechtzuerhalten und ohne Feindschaft die Interessen unserer Länder zu verteidigen und Großbritannien und Frankreich können zusammenwirken, um den Frieden und die Sicherheit Europas aufzurichten. Ich bitte Sie, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung . . . . usw."

Poincares Antwort.

„Ich bin sehr gerührt von dem liebenswürdigen Brief, mit dem Sie mir die Uebernahme Ihres Amtes mitzuteilen die Güte hatten und in dem Sie mit ihrem persönlichen Gruß entboten haben. Ich wünsche von ganzem Herzen, daß ihre Bemühungen um das größtmöglichste Wohl Ihres Vaterlandes von Erfolg gekrönt sein werden. Die Bande, die unsere beiden Länder mit einander verknüpften, sind, wie Sie uns ins Gedächtnis zurückrufen, in gemeinsamen Prüfungen und Opfern geknüpft worden. Die Erinnerung an jene Zeiten wird, dessen dürfen Sie versichert sein, mir wie Ihnen unaufhörlich gegenwärtig sein. Damit habe ich bereits ausgesprochen, daß auch ich lebhaft bedauere, daß mehrere für unsere beiden Länder wichtige Fragen noch nicht geregelt sind. Wie Sie so werde auch ich mein möglichstes tun, um im Einvernehmen mit Ihnen und zu unserem beiderseitigen Nutzen sie zu lösen. Wenn wir beiderseits auf unsere öffentliche Meinung Rücksicht nehmen müssen, wenn wir beide unsere nationalen Interessen zu schützen haben, so habe ich das Vertrauen, daß wir, wenn wir jeder für unseren Teil bei der Regelung der etwa auftretenden Fragen mit Entschiedenheit und mit dem guten Willen vorgehen, von dem Sie gesprochen haben, zur Lösung gelangen werden, die dazu angetan sein wird, zwischen Großbritannien und Frankreich die Politik der für unsere beiden Länder und für die Ruhe der Welt notwendigen Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten. Mein Freimut wird stets Ihrem entsprechen und wenn ich Frankreichs Interessen mit dem gleichen Eifer vertrete, wie Sie Englands, wird nichtsdestoweniger dessen dürfen Sie versichert sein, niemals etwas die

Herzlichkeit meiner Empfindungen beeinträchtigen. Es ist nicht möglich, daß wir, wenn wir beiderseits von derartigen Empfindungen beseelt werden, die Entente nicht wieder effektiv gestalten und daß es uns nicht gelingt, ihr die Früchte abzugewinnen, die sie tragen kann und tragen muß, damit Europa endlich Frieden, Sicherheit und die Freiheit der Arbeit wiederfinde. Genehmigen Sie . . . . usw."

Die Pariser Presse zu dem Briefwechsel.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Paris, 4. Februar.

Zu dem gestern abend veröffentlichten Briefwechsel zwischen Macdonald und Poincare bemerkt das **Journal**, die These des englischen Briefes sei die, daß Macdonald stets in seine Wahlreden und Kundgebungen im Unterhause vertreten habe, daß man nämlich mit loyalem und gutem Willen einen Weg für eine Verständigung finden könne, wenn man dazu entschlossen sei und man den beiderseitigen Interessen Rechnung trage. Macdonald werde, da der Briefwechsel einen baldigen Meinungsaustausch ankündige, erfahren, daß zwischen Frankreich und England noch andere Dinge vorliegen, als Vorurteile von rückständigen Zweideutigkeiten von Staatsmännern. Sein Programm habe den Vorzug, daß er Frankreich darin zu verstehen gebe, daß zwischen den beiden Ländern noch eine Verständigungsmöglichkeit vorhanden sei.

Figaro kennzeichnet den Briefwechsel mit folgenden Worten: In der Politik gibt es keine unlösbaren Fragen, es gibt nur schlecht gestellte Fragen. Das große Verdienst Macdonalds sei es, daß er die französisch-englische Frage richtig gestellt habe.

Deutsches Reich.

Die Verfassung der evangelischen preußischen Landeskirche angenommen.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Berlin, 4. Febr. (Drahtb.) Der Verfassungsausschuß des preußischen Landtages nahm heute die Verfassung der preußischen evangelischen Landeskirche nach der Vorlage der Regierung mit 17 Stimmen der bürgerlichen Parteien an. Die Sozialdemokraten fehlten, die Kommunisten hatten den Saal verlassen.

Die deutschen Bauernvereine und Schutzzoll.

Anläßlich der Wintertagung der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, Berlin, an der Vertreter der Landwirtschaft aus allen Gebieten Deutschlands teilnahmen, insbesondere zahlreiche Parlamentarier der bürgerlichen Parteien, wurde nachstehende Entschließung gefaßt: „Die Vereinigung der deutschen Bauernvereine weist die neuerlichen Angriffe gegen die Landwirtschaft, die dahin gehen, als fordere die Landwirtschaft allein im persönlichen Interesse den Schutz ihrer Arbeit, zurück. Die Erhaltung des deutschen Bauernstandes liegt vielmehr an erster Stelle im Interesse der Allgemeinheit. Niemals war für die Erhaltung der gesamten deutschen Wirtschaft die Sicherung eines leistungsfähigen und besitzenden Landvolkes notwendiger als heute. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage, die für landwirtschaftliche Produkte nur einen Bruchteil der Vorkriegspreise zahlt, dagegen für landwirtschaftliche Bedarfsartikel eine erhebliche Preiserhöhung bringt, führt in kürzerster Zeit zum Erliegen der landwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Die Regierung wird daher ersucht, mit größter Beschleunigung Maßnahmen zur Beseitigung dieser dem Vaterlande drohenden Gefahr zu ergreifen, wozu in erster Linie ein Schutzzoll in Frage kommt."

Erweiterte Finanzbefugnisse der Länder.

In der dritten Steuernotverordnung, die eine ungeheuere Fülle von Problemen anpackt, ist, wie uns unser Berliner Mitarbeiter mitteilt, u. a. auch die Frage des Finanzausgleichs angeschnitten. Sie ist im Sinne einer Erweiterung der finanziellen Befugnisse der Länder geregelt. Eine solche Kompetenzerweiterung ist unbedingt geboten, um die eigene Verantwortung wieder stärker zu verankern. Auch heute noch ist die Lage eine derartige, daß das Reich für einzelne Länder die Kosten für die Besoldung der Landesbeamten zu tragen hat. Eine zeitlang waren die Verhältnisse derart, daß das Reich den Ländern bis zu 75 Prozent der Besoldungsaufwendungen bezahlte, sodaß bis zur Stabilisierung ein erheblicher Teil der Bevölkerung der Länder aus der Reichskasse bezahlt wurden. Wenn nun aber den Ländern diese Kosten zufallen, dann müssen sie auch über neue Einnahmen verfügen. Aus dem Reichshaushalt kann nichts abgegeben werden, sonst besteht die Sorge, daß die Währung nicht gehalten werden kann. Das Ausland muß unter allen Umständen die Gewißheit haben, daß wir aus eigenen Kräften versuchen, die Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. — Den Ländern soll nun vor allem die zu erwartende **Mietzinssteuer** zur Deckung ihrer allgemeinen **Finanzbedürfnisse** überlassen werden. Es handelt sich hierbei um diejenigen Aufgaben, die den Ländern schon im Finanz-Ausgleichsgesetz überlassen worden sind. Hierunter fallen vornehmlich die Ausgaben für die Wohlfahrtspflege, für das Schulwesen, für die Baupolizeiverwaltung usw. Dazu treten die Ausgaben für die Bauzwecke. 10 Prozent der den Ländern und Gemeinden überwiesenen neuen Einnahmen aus der Mietzinssteuer sollen unter allen Umständen für Bauzwecke Verwendung finden. Aus der Mietzinssteuer werden im ganzen 500 Millionen Goldmark erwartet. Um diese einbringen zu können, müssen den Ländern weitgehende materielle und finanzielle Zuständigkeiten übertragen werden. Die Selbstverwaltung der Länder wird also auf eine ganz bestimmte Steuerquelle gelenkt, und das ist die Mietzinssteuer. Darum muß den Ländern um diese Quelle sich nutzbar machen zu können, freie Hand gelassen werden bei der Festsetzung der Mieten. Am einfachsten wird es ja sein, wenn die Länder die neue Steuer in der Form der schon bestehenden Gebäudesteuer erheben.

Von dem ursprünglichen Plan der einheitlichen Regelung der Mieten für das Reich hat man abgesehen. Eine derartige einheitliche Regelung war wegen der heute schon bestehenden völligen Verschiedenheit der Mieten nicht durchführbar. So werden beispielsweise in Hamburg das Doppelte an Mietspreisen erhoben als in Berlin. Die Festsetzung der Mieten durch die Länder wird auch zur Folge haben, daß die Bedürfnisse der betreffenden Bevölkerungsschichten besser gewahrt werden und daß auch Sorge dafür getragen wird, daß die Instandhaltung der Wohnhäuser ordnungsgemäß sich vollzieht.

Neben der Mietzinssteuer fallen den Ländern künftighin auch weitere Steuern zu. So wird der Anteil von der **Einkommen- und Körperschaftssteuer** von bisher dreiviertel auf 90 Prozent erhöht. Ferner wird die Beteiligung der Länder an der **Umsatzsteuer** geändert. Diese Steuer ist bekanntlich von 2 Prozent auf zweieinhalb Prozent für das Jahr 1924 festgesetzt worden. Dieser halbe Zuschußprozent wird den Ländern und Gemeinden überlassen und zwar zu dreifünftel den Gemeinden und zu zweifünftel den Ländern.

Die Reichstagskandidatur des Reichstagspräsidenten Loebe.

WTB **Berlin**, 5. Febr.

Auf dem Parteitag der mittel- und oberschlesischen Sozialdemokraten wurde Reichstagspräsident Löbe einstimmig wieder als Kandidat des Wahlkreises Breslau für die kommenden Reichstagswahlen aufgestellt.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

Olpe, 5. Febr.

W Tagung der Zentrumspartei des Kreises Olpe.

Gestern Nachmittag fand im Hotel Biggemann in Finnentrop eine aus dem ganzen Kreise Olpe sehr stark besuchte Versammlung der Vorsitzenden, Arbeitsausschüsse und Vertrauensleute der Zentrumspartei des Kreises Olpe statt. In der fast 6stündigen Sitzung unter dem Vorsitze des Vorsitzenden der Zentrumspartei des Kreises Olpe, des Rektors **Lingemann** (Altenhundem) wurde im Anschluß an ein ausgezeichnetes Referat des bewährten Reichstagsabgeordneten Schulrat **Rheinländer** über die Fragen der Innen- und Außenpolitik die Stellungnahme der Zentrumspartei in der ausgiebigen Diskussion einer allseitigen Würdigung unterzogen. Die recht rege Debatte, in der neben dem Abg. Rheinländer auch der aus dem hiesigen Kreise stammende und im Kreise ansässige Landtagsabgeordnete **Schmelzer** recht viele und wertvolle Darlegungen und Klarstellungen gab, zeigte ein harmonisches Bild und erbrachte den Beweis, daß in den Bergen des Sauerlandes der alte gute Zentrumsgeist noch recht lebendig ist. Auch die weiteren geschäftlichen, zum Teil vertraulichen Verhandlungen bestätigten, daß die, alte Zentrumsbegeisterung die hier seit Gründung der Zentrumspartei heimisch ist, in unveränderter Opferwilligkeit und Frische fortbesteht. Die gestrigen Tagung, auf die wir noch ausführlich zurückkommen werden, erbrachte den Beweis, daß auch heute, in unserer von Materialismus so schwer bedrohten Zeit, die alten sittlichen Ideale doch noch nicht ganz verloren sind, daß das Sauerland noch treu sieht zu dem ruhmreichen Zentrumsbanner, daß es hoch hält die Devise:

Für Wahrheit, Freiheit und Recht.

Gegen den Schulabbau

richtet sich folgende Entschließung des Westfälischen Rektorenvereins und des Rektorenvereins der Rheinprovinz:

Der Westfälische Rektorenverein und der Rektorenverein der Rheinprovinz erachten es als ihre Pflicht, auf die großen Gefahren hinzuweisen, die dem Schulwesen durch eine schematische Uebertragung der Abbauvorschriften auf die Schule drohen. Schwere kulturelle Schädigungen, Zurückschraubung der Volksbildung, Gefährdung der Erziehung und damit eine verhängnisvolle wirtschaftliche Schwächung des Volkes würden die notwendige Folge sein.

Die Rektorenverbände vertrauen darauf, daß die Schulbehörden und Volksvertreter sich im Geiste eines Stein, Kant, Fichte, Overberg und Kellner schützend vor die Volksschule stellen, auf daß bei der Wahrnehmung von Staatsnotwendigkeiten nicht dem Volke ein nie wieder gut zu machender Schaden erwächst.

Die kommende Gestaltung der Mieten.

Das Problem der Mietpreisgestaltung ist durch die dritte Steuernotordnung ebenso in weitgehendem Umfang behandelt. Es ist ganz selbstverständlich, daß mit der Aufwertung auch eine **allmähliche Anpassung der Mieten an die Friedensgrundlage erfolgt.** Aber es wird **keinesfalls** damit zu rechnen sein, daß die Mieten noch im Laufe des Jahres 1924 den vollen Friedensstand **erreichen.**

Es ist vorgesehen, daß von den Erträgnissen der Mieten dem Hausbesitzer mindestens diejenigen Beträge zufließen, die für die Instandsetzungskosten und die angemessene Verzinsung des Kapitals in Frage kommen. Wie hoch sich demnach der aus dem Mieterlös den Hausbesitzern zufließende Ertrag stellt, ist noch nicht zu übersehen. Die Berechnungen, auch an amtlichen Stellen, gehen auseinander. Wenn man den **Friedens-Miet-Ertrag** in Höhe von **5 Milliarden Goldmark** zur Grundlage nimmt, dann könnte man, wenn tatsächlich eine solche Höhe jetzt erreicht würde, damit rechnen, daß 50 Prozent dem Hausbesitz bleiben, während die übrigen 50 Prozent dem Staat zufließen. Doch wird man gut daran tun, die den Hausbesitzern zufließende Quote höchstens auf 30 Prozent zu bemessen. Man muß dabei beachten, daß im Frieden von den 5 Milliarden Mark Mieteingängen mindestens 3,5—4 Milliarden, also etwa 80—90 Prozent, auf Hypothekenzinsen entfielen. Diese Summe spielt jetzt keine Rolle mehr, da die meisten Hypotheken abgetragen sind.

Indessen werden 5 Milliarden Mietzins bis auf lange Zeit hinaus gar nicht erreicht werden können. Denn man muß die auf die Grundstücke in den abgetretenen Gebieten entfallenden Mieten in Abzug bringen. Ferner muß man damit rechnen, daß eine solche Mietzinssteuer mit sehr erheblichen Ausfällen belastet werden wird. Man braucht ja nur einmal an die Verhältnisse in den Großstädten, an die heruntergewirtschafteten Wohnhäusern und an die in den Mietskasernen zusammengepferchte Bevölkerung zu denken, die noch nicht einmal das Notwendigste für die Existenz besitzen. Darum nimmt die Reichsregierung für 1924 auch nur einen Betrag von 600 Millionen Goldmark an.

Vom „Sauerländer Heimatbund".

In den Weihnachtsferien tagte der Hauptvorstand des S. H. B. in Wennemen, um die zukünftige Bundesarbeit zu besprechen. Auf eine Anregung des „Westfälischen Heimatbundes" hin wurden eine Reihe von Persönlichkeiten als Vertrauenspersonen für Naturschutz und Denkmalspflege benannt. Weiter wurde, um der heimischen Volksbühne gute und gerade für unser Sauerland passende Theaterstücke zuzuführen, die Anlage und Herausgabe eines praktischen kleinen Katalogs, der in der „Trutznachtigall" veröffentlicht werden soll, beschlossen und Mitarbeiter gewonnen. — Außer dem Theaterverzeichnis soll auch eine Zusammenstellung heimatlicher und heimatkundlicher Literatur, sowie solche Bücher, die dem sauerländischen Volke besonders zu empfehlen sind, vorgenommen und in der Bundeszeitschrift veröffentlicht werden.

Die Versammlung war sich darin einig, daß die wichtigste Aufgabe des Bundes die **Stärkung des Gemeinschaftsgefühls in der Heimat und die seelische Beeinflussung der Heimatgenossen im Geiste guter alter christlicher Sitte sei.** Mit umso größerer Sorge beklagte sie das starke Zurückgehen unserer **plattdeutschen Muttersprache,** des festesten Bandes, das die Heimatgenossen umschlingt. Uebereinstimmend sah man den Grund für diese bedauerliche Erscheinung hauptsächlich in der ganz ungerechtfertigten Anschauung, als ob das „Platte" dem Hochdeutschen nicht gleichwertig, sondern weniger „fein" sei. Vor allem an die Frauen richtet der S. H. B. daher die Bitte, mit den Kindern im Hause plattdeutsch zu sprechen. Die Mütter sind in erster Linie die Hüterinnen der „Muttersprache". Aber auch alle anderen werden gebeten, wo es irgend angängig ist, vor allem in der geselligen Unterhaltung, sich des lieben, gemütlichen Platt zu bedienen. Gerade die Gebildeteren sollten hier mit gutem Beispiel vorangehen, um den anderen zu zeigen, daß auch in ihren Augen das Plattdeutsche nicht hinter dem Hochdeutschen zurücksteht. Und an die Lehrer richtet der Bund die Bitte, in den Kindern noch Kräften das Vorurteil gegen das Plattdeutsche zu zerstören und sie zu seinem Gebrauche anzuhalten. Etwaige kleine Schwierigkeiten beim ersten Unterricht werden hundertfach wettgemacht in der späteren Sprachentwicklung, wenn das Kind gelernt hat, in der anschaulichen und kraftvollen Weise der plattdeutschen Muttersprache zu denken und ihre Bildhaftigkeit auch auf den hochdeutschen Ausdruck zu übertragen.

Endlich bittet der Vorstand alle Freunde des Bundes und der Heimat im Interesse der vom Bunde vertretenen Gedanken der seelischen und Gemeinschaftserneuerung unseres sauerländischen Volkes, die Veröffentlichungen des Bundes, im besonderen den Kalender und die Bundeszeitschrift, die „Trutznachtigall" nach Kräften zu verbreiten und für ihre Gedanken zu werben.

Steuerfreiheit.

Auf Antrag des Westf. Heimatbundes hat der Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung unter dem 8. Sept. 1923 verfügt: „Antragsgemäß werden die Veranstaltungen des Westf. Heimatbundes in Münster widerruflich als gemeinnützig im Sinne des Art. 2, § 2, Ziffer 5 der Bestimmungen des Reichsrates über die Vergnügungssteuer vom 9. Juni 1921 anerkannt." — Für Förderung des Heimatgedankens durch Vorträge und heimatliche Volksabende ist diese Entscheidung sehr zu begrüßen, da bislang an mehr als einem Orte von heimatlichen Veranstaltungen der Ortsgruppen des Heimatbundes durch die Ortsbehörden Vergnügungssteuer gefordert und so die volksbildende und erzieherische Arbeit des Heimatbundes gehemmt wurde. Diese Verfügung gilt auch für die Veranstaltungen des Sauerländer Heimatbundes, der in seinem Landschaftsgebiet die Arbeiten des Westf. Heimatbundes übernommen hat.

Der ewige Kampf.

6) Roman von Karlfriedrich Baberadt.

Er hatte sich umgehört und die Bestätigung erhalten, daß Jan mit dem Mädchen versprochen sei. Dennoch konnte er es nicht hindern, daß seine Liebe zu ihr täglich immer tiefer, ernster und sehnsuchtsvoller wurde, aber je mehr sie wuchs, auch desto hoffnungsloser.

Balthasar Sluyter beobachtete den in Gedanken Versunkenen mit heimlichem Lächeln. Es war also doch etwas zwischen den beiden! Der Jan hatte sich nicht getäuscht! „Sagten Sie etwas?" fuhr Potter plötzlich auf. „Ach so: wir sprachen von der Fähre. Ja, ich nicht habe gern gemacht den Umweg heute, wo es ist so heiß. Aber wollen Sie Der Fährmann ist der Neffe vom Kobes — der muß doch hören zuerst, daß der Alte tot sei."

Balthasar Sluyter legte sein eben noch so pfiffig schmunzelndes hageres Gesicht in ernste Falten. „Ach, die treue Seele, der Kobes! 's ist rasch gegangen mit ihm! Wie oft hat er mir nicht früher meine Sachen mitgebracht aus der Stadt, wie Sie heute. Der Bruckschen soll erst böse darüber gewesen sein, aber dann habe ich ihm angeboten, jede Fuhre zu bezahlen. Natürlich, unsereiner will doch auch nichts geschenkt haben. Und da durft' der Kobes jedesmal die Kolli mitbringen, so oft er in die Stadt mußte. Ja, der Kobes, ein goldenes Herz! Diesen Schnaps hier trank er immer gern. Wenn er hier vorbeikam, stand er immer einen Augenblick ein . . . Ein fleißiger Mann, der Bruckschen wird's spüren, wenn er fehlt."

„Na, Faulpelze sind wir andern auch nicht und der Kobes war schon an die Siebzig."

„Ich weiß, ich weiß. Beim alten Bruckschen ist er schon gewesen. Da wird jetzt ein anderer Oberknecht werden. . ."

„Natürlich." Potter mußte lachen.

„Des einen Tod ist des anderen Freude! Ja, ja. Da werden Sie wohl an die Reihe kommen, Herr Potter?"

Heinz Potter sah den Krämer einen Herzschlag lang dringend an, aber Balthasar Sluyter veränderte seine wehleidige Miene nicht. Da stülpte der Knecht seine Mütze über und sagte, als er ging: „Ich bin schon dran, Herr Sluyter. Gerade heute früh hat mich der Bruckschenhöfer zum Oberknecht gesetzt und Ihr Fuhrmann bin ich heute gewesen zum letzten Male. Good bye."

Herr Balthasar Sluyter konnte den Gruß nicht erwidern. Der Amerikaner Oberknecht auf dem Bruckschenhof. Das hatte ihm die Rede verschlagen. Mit zitternden Händen räumte er die Gläser weg. Ganz ohne Ueberlegung zog er diese und jene Schublade auf, ließ den Reis oder die Gerste oder den Kaffee durch seine Finger gleiten und stieß mit den Knien wieder zu. Dann blätterte er in dem Bestellbuch und zog graue Linien auf den sauberen Seiten und schließlich, als ihm das Unnütze seines Tuns zum Bewußtsein kam, nahm er eine Prise und besänftigte so sein erregtes Gemüt.

Der Amerikaner Oberknecht! Das war eine Neuigkeit für den Stammtisch! Und so zuverlässig, so . . . so . . . authentisch, so durchaus aus erster Quelle. Wie würden sie Augen machen im „Krug". Der Boersma zu allererst. Der Boersma, der den Amerikaner hatte hinausschmeißen wollen. Oberknecht war er heute. Und von da zum Pächter war nun ein Schritt. Hatte der Bruckschenhöfer nicht eine Tochter? Vielleicht saß zuletzt der Amerikaner noch als Herr auf dem Bruckschenhof. — Und Meister Boersma . . . ach das waren Aussichten! Balthasar Sluyter rieb sich die Hände, daß sie rot wurden und ein zufriedenes Lächeln flackerte um seine schmalen Lippen.

Heinz Potter ließ unterdessen sein Pferd gemächlich durchs Dorf traben. Es wußte den Weg auch ohne Lenkung und er konnte sich deshalb ruhig seinen Gedanken hingeben. In dem halben Jahr, das seit seinem Einzug in Lossum vergangen war, hatte sich das allgemeine Interesse der Dörfler an seine Person in nichts vermindert, ja, es schien ihm vielmehr, als sei in das Mißtrauen gegen ihn noch neuer Zündstoff gefallen: Neid und Eifersucht. Heinz Potter mit den hellen Augen und den wachen Sinnen sah sie deutlich wachsen, aber er fürchtete sich nicht davor. Er hatte einen Menschen gewonnen, das galt ihm mehr als das ganze Dorf. Was man ihm auch hinterbracht hatte, wie man ihm heimlich gedroht, der Bruckschenhöfer stand treu zu seinem Knecht. Anfangs hatte es zuweilen Funken gegeben, wenn ihre Willen sich einander rieben, aber nie hatte es der Knecht an Ehrerbietung vor dem Herrn fehlen lassen. Er wußte, daß auf dem Bruckschenhof nur ein Wille gelten konnte, aber er war freimütig genug, seine eigene Erfahrung und sein eigenes Wissen in die Wagschale zu werfen, wenn das Zünglein der Wage zu sehr nach der Seite ausschlagen wollte, die ihm die falsche dünkte. Und der knorrige Bruckschen war auch kein Starrkopf, wenn er sah, wo das Gute war. Er ließ Heinz Potter schalten, wie es ihm recht war und ist nicht übel dabei gefahren. Hatter er sich gegen die „Neumodigkeiten" auch zuerst gesträubt, mußte er doch bald erkennen, daß sich mit ihnen viel einträglicher arbeiten ließ, als mit dem veralteten Wesen der Väter, und kurz entschlossen reichte er der neuen Zeit die Hand. Umsonst warnte und klagte der ehrliche Kobes, wenn Heinz Potter das Alte über den Haufen warf, der Bruckschenhöfer lachte ihn aus und erzählte ihm von der neuen Zeit und den neuen Rechten und Pflichten, Kobes verstand das nicht, aber er fühlte, daß seine Zeit um sei. Da legte er sich hin und starb. Und er war noch nicht unter der Erde, da war Heinz Potter schon Oberknecht auf dem Bruckschenhof.

Dennoch nagte ein Rest von Unzufriedenheit an Heinz Potters Herz. In einer vertrauenden Stunde hatte ihm der Bruckschenhöfer verraten, was sein Lieblingswunsch sei. Heinz Potter sollte sein Eidam werden. Margret Bruckschen wäre wohl damit einverstanden gewesen, Heinz Potter gefiel ihr schon am besten von allen Burschen im Dorf. Und daß er brav und fleißig und ein ganzer Mann sei, sagte ihr Vater ja jeden Tag. Mußte für den Fremden ja ein unmenschliche Glück sein, Herr auf dem Bruckschenhof zu werden. Der Bauer hätte gern seinen Hof in guten Händen gewußt, ehe er sich hinlegen mußte zum letzten Schlaf, Margret war sein einziges Kind und seine Erbin. Man wußte es weit und breit und es fehlte nicht an Freiern. Aber seit Heinz Potter auf dem Hofe war, hatten sie schlechte Zeiten; die blonde Margret seine stürmische Werbung mit einem schnippischen, aber festen Worten zurückwies. Aber er mußte doch auch daran denken, daß mit Fritz Berns ein neuer Feind vom Bruckschenhof gegangen sei. Auch Margaret fühlte das und sie hätte Heinz Potter gern darüber getröstet, aber der war immer so eilig und beschäftigt, daß wenn außer bei den Mahlzeiten kaum einmal ein vertrauliches Wort zusammen sprechen konnte.

Heinz Potter seufzte bei dem Gedanken, wie schwer es ihm fiel, der blonden Margret, die ihm so oft ihr Gefallen zeigte, aus dem Weg zu gehen. Zuerst hatte er gern seinen Spaß mit dem hübschen, frohsinnigen Mädchen getrieben, aber dann merkte er, wie es um sie stand und welche Pläne ihr Vater verfolgte, und er begann ihr auszuweichen. Er mochte sie ja ganz gut leiden, doch in seinem Herzen lebte eine andere. Und so oft Heinz Potter an diese andere dachte, wurde sein Sinnen schwer und sein Hoffen trübe.

Eine Handvoll Feldblumen flog ihm ins Gesicht und riß ihn aus seinem Grübeln. „Ihr schleicht ja wie die Schnecken, Potter, der alte Hans und du! Ich habe Euch schon vor einer ganzen Weile vom Giebelfenster aus droben gesehen. Ach, es kribbelte mir in den Füßen, Euch Beine zu machen, und da bin ich hergelaufen."

„Fräulein Margret, Fräulein Margret", stammelte der junge Mann fassungslos.

„Ja, so heiße ich, Heinz Potter!" Sie lachte. „Wenn Ihr aber denkt, ich wollte neben Euch auf der staubigen Straße herumkriechen, so seid Ihr im Irrtum. Helft mir doch auf den Wagen und gebt mir die Zügel . . ."

Er half ihr auf den Wagen und gab ihr die Zügel, aber die Fahrt ging darum um keinen Hauch schneller. Dicht neben dem Sitze des Mädchens hielt Heinz Potter Schritt.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaftsteil.

Die Zukunft der Reichsbahn

Von wohlunterrichteter Seite hören wir:

Wenn die Reichsbahn nunmehr nach dem Beschluß des Kabinetts eine organisatorische Umgestaltung im Sinne der Schaffung **eines selbständigen wirtschaftlichen Unternehmens** erfährt, so ist damit im Grunde nur eine Vorbedingung erfüllt, die in der Reichsverfassung schon zum Ausdruck gebracht wird. Allerdings hatte man sich damals das selbständige wirtschaftliche Unternehmen **innerhalb** des Reichshaushalts gedacht. Wie ungünstig die Verknüpfung eines Verkehrsunternehmens mit dem Reichshaushalt ist in Zeiten einer jeden Kalkulationsmöglichkeit ausschaltenden Inflation, haben wir ja zur Genüge erlebt. Wenn jetzt diese Frage nicht auf gesetzgeberischem Wege, sondern durch eine Notverordnung zu lösen versucht wird, dann liegt das nur an dem Druck der Verhältnisse, wie er gegenwärtig auf uns lastet.

Denn alles und jedes, was jetzt geschieht, muß einzig und allein betrachtet werden unter dem Gesichtspunkt **des Schutzes der Rentenmark.** An diesem Schutz liegt der Reichsregierung alles und zu seiner Durchführung ist die Reichsregierung entschlossen, **alles und jedes zu tun,** auch die stärksten Maßnahmen zu ergreifen. Denn ein Absinken der Rentenmark in eine neue Inflation wäre einfach untragbar, ein grenzenloses Unglück, das nur mit einer furchtbaren Katastrophe enden würde, wäre die Folge. Und daher müssen die jetzt förmlich sich häufenden Notmaßnahmen und -Verordnungen hingenommen werden, auch wenn sie unbequem sind und auch wenn wir wissen, daß sie sehr schwer wirken. Aber sie haben nur den einzigen Zweck, die Rentenmark zu sichern und dadurch wieder feste Kalkulationen und Dispositionen dem einzelnen wie der gesamten Wirtschaft zu ermöglichen.

Unter diesem Gesichtspunkt allein sind auch die Maßnahmen zu betrachten, die die Reichsverkehrsverwaltung nun ergreift. Seitens des Reiches sind ihr alle Zuschüsse entzogen und daher muß sie versuchen, die Finanzen von sich aus in Ordnung zu bringen. Nichts wirkt seelisch auf die Eisenbahnbeamten schwerer ein als die Erkenntnis, daß es trotz allerschwersten Anstrengungen bisher noch nicht gelungen ist, die Eisenbahn wieder zu einem Ueberschußbetrieb zu machen. Um dieses Ziel herbeizuführen, werden nun alle Kräfte daran gesetzt. Das man das kann, ist auch nur eine Folge der Stabilität der Rentenmark. Vor dem 15. November 1923, an jenem Tage die Notenpresse versiegelt wurde, war eine Kalkulation überhaupt nicht möglich. Jetzt hat man einen festen Boden unter sich. Jetzt kann darum auch die finanzielle Sanierung der Eisenbahn mit Erfolg in Angriff genommen werden.

Und so hat die Notverordnung bezüglich der organisatorischen Umgestaltung der Reichsbahn den Hauptzweck, der Reichsbahn die Aufnahme einiger Kredite zu ermöglichen. Solange die Reichsbahn nur ein Bestandteil des Reichshaushalts war, haftete sie für alle Schulden des Reiches und umgekehrt. Das erschwert die Kreditgebung sehr. Auf der neuen Basis ist bereits über die Kreditgewährung verhandelt worden. Auf ihr gründet sich der englische Kredit für die Kohlen, ferner ein Wechselkredit in Rentenmark, der in gewissen Zeiträumen abgetragen werden muß, und weiter Verträge mit industriellen Unternehmen, wonach Materialien gegen spätere Zahlung geliefert werden sollen. Weiter hat der Reichsrat soeben seine Zustimmung für einen Pfandbriefkredit von 100 Millionen Rentenmark gegeben. — Im Gegensatz zu der organisatorischen Umgestaltung bei der Post, wo sofort eine endgültige Regelung eintritt, die durch eine offizielle Gesetzesvorlage verankert wird, ist die Regelung bei der Eisenbahn noch nicht endgültig. Es handelt sich zunächst um einen Uebergangszustand, der die Möglichkeit geben soll, die wirtschaftlichen Absichten durchzuführen. Die gesetzgeberische endgültige Regelung für die Verhältnisse bei der Eisenbahn wird erst später erfolgen.

Die Stellung der Reichsbahn zum Reich bleibt zunächst darum auch noch etwas unvollkommen. Indessen ist mit Nachdruck hervorzuheben, daß die Notverordnung nicht dazu bestimmt ist, eine Privatisierung der Bahn vorzubereiten. Wie prompt unsere Eisenbahnverwaltung heute schon arbeitet, geht daraus hervor, daß am 1. 2. beim Reichsverkehrsminister schon der vollständige finanzielle Abschluß sämtlicher Verwaltungsbezirke für den Monat Januar restlos vorgelegen hat. Besser kann auch der bestorganisierte Privatbetrieb in der Tat nicht arbeiten. Die Eisenbahn wird auch weiterhin vom Reichskabinett, Reichstag und Reichsrat abhängig bleiben und damit der Kontrolle der parlamentarischen Körperschaften unterstehen. Nur bezieht sich diese Kontrolle nicht mehr auf Einzelheiten des Haushalts, dagegen müssen Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Jahresberichte usw. vorgelegt bleiben. Auch an der Spitze des umgestalteten Betriebes wird der Verkehrsminister stehen und zwar als Mitglied des Kabinetts, sodaß also auch das Kabinett jederzeit die Möglichkeit hat, auf die Geschäftsgebarung Einfluß zu üben. Die spätere Ausgestaltung durch Gesetz wird freilich keine leichte Aufgabe sein. Sie wird auch eine Vereinigung des Verhältnisses der Reichsbahn zu den Ländern bedingen, namentlich zu denen, die eigenen **Bahnbesitz** haben. Soweit Staatsverträge in Betracht kommen, kann auch die Notverordnung nichts wesentliches ändern.

Die späteren Absichten der Reichsregierung gehen dahin, die **wirtschaftlichen** Aufgaben der Reichsbahn stärker als bisher auszuprägen. Man wird insbesondere den Weg der Dezentralisierung einschreiten müssen. Wenn aber die Reichsbahn ein **wirtschaftliches** Unternehmen sein soll, dann muß sie auch von allen überflüssigen Ausgaben befreit werden. So werden Einschränkungen verschiedener Art vorgenommen werden müssen, die freilich von den Verkehrsinteressenten unangenehm empfunden werden dürften. Aber auch diese Maßnahmen geschehen unter dem Zwang der Verhältnisse. So hat man jetzt schon auf weniger bedeutenden Linien den Nachtverkehr eingestellt, man hat den Güterverkehr eingeschränkt und damit eigentlich überraschend gute Erfahrungen gemacht. In **Sachsen,** einem der verkehrsreichsten Länder, wurden 70 Güterzüge **täglich** eingestellt, und trotzdem hat der Verkehr um 20 Prozent zugenommen. Die Verwaltung kommt glatt mit den Maßnahmen aus. Mit ihnen kommen nicht weniger als 1000 Rangierlokomotiven pro Tag in Wegfall, dadurch ergeben sich Ersparnisse an Kohle, Oel, Materialabnutzung, Personal usw. Alles das soll wieder dem Verkehr im ganzen zugute kommen, wie sich daraus ergibt, daß die Verwaltung eine Ermäßigung der Frachtentarife herbeigeführt hat und weitere Ermäßigungen in Aussicht nimmt. Dagegen hat sich als notwendig erwiesen, bei den Personentarifen einen Ausgleich des monatlich sich auf etwa 30 Millionen belaufenden Defizits vorzunehmen. Von berufener Seite weist man darauf hin, daß die Preise für die erste und zweite Wagenklasse weit über Friedenspreis gesteigert waren, während die Tarife für die dritte und vierte Wagenklasse heute noch nicht den Friedenspreis erreicht hatten. Was bei den Preisen höher erscheint, sei die Verkehrssteuer. Man will auch den internationalen Durchgangsverkehr, der arg ins Stocken gekommen ist, wieder fördern, da lieber Umwege von 60 bis 100 Klm. in Kauf genommen werden, um den wesentlich höheren deutschen Eisenbahnpreisen für die oberen Wagenklassen zu entgehen. Was außenpolitisch so schwer auf uns wirkt, nämlich, daß Deutschland von allen Seiten eingeschlossen ist, wirkt dagegen verkehrspolitisch zu unserem Vorteil sich aus, da immer wieder unter Territorium durchkreuzt werden muß.

Die Wirkungen, die die Reichsbahn mit ihrer organisatorischen Umgestaltung zu erzielen hofft, zeigen heute schon gute Ansätze. So haben sich unter dem Zeichen der Stabilität die Einnahmen fortgesetzt gesteigert. Während sie im November genau 8 Goldmillionen betrug, belaufen sie sich heute schon auf 10 Goldmillionen.

× Die Rentenmark-Schatzwechsel des Reiches.

Die flüssige Verfassung des Geldmarktes ist in der jüngsten Zeit auch dem Absatz von Rentenmark-Wechseln des Reiches zugute gekommen. Sie werden kommissionsweise von der Reichsbank vertrieben und bringen 8—9 Prozent Zinsen das Jahr, und zwar die Abschnitte mit einer Laufzeit von 8—30 Tagen 8 Prozent, die mit einer solchen von 30—90 Tagen beinahe Prozent. Bei größeren Abschnitten der letztgenannten langfristigen Wechsel wird ein höherer Diskont gewährt, so bei Abschnitten von mindestens 5000 Rentenmark 8dreiviertel Prozent und bei Stücken von mindestens 30 000 Rentenmark 9 Prozent. Wenn Banken als Käufer auftreten, so erhalten sie noch eine Vergütung, d. h. einen Zuschlag von einachtel Prozent zu den genannten Diskontsätzen. Gerade die Banken haben letzthin mehr als vordem Rentenmark-Wechsel gekauft, so daß der zunächst auf 100 Mill. Rentenmark begrenzte Betrag zum größten Teil vom Reich verkauft ist.

Die Rentenmark-Wechsel sind, wie erläuternd bemerkt sei, Solawechsel, d. h. solche, die der Aussteller selbst einlöst. Die Reichsbank verkauft sie zwar, hat aber sonst nichts damit zu tun. Sie sind bei der Reichsbank, die ja jetzt keine Wechsel des Reiches mehr diskontieren darf, nicht rückdiskontierbar. Sie enthalten auch kein Giro der Reichsbank, sondern lediglich ausgestellt von der Reichsschuldenverwaltung, die in dem Wechsel erklärt, ihn an dem bestimmten Ablaufszeitpunkt einlösen zu wollen. Werden die Wechsel verkauft, so werden sie an die Order des Käufers gestellt; gibt er sie weiter, so haftet er durch sein Giro ebenfalls für die pünktliche Einlösung des Schatzwechsels am Fälligkeitstage.

Das Problem der Besteuerung der Wechselkredite

wird, wie man uns von besonderer Seite mitteilt, ebenfalls in der Steuernot-Verordnung angefaßt. Freilich ist hier der Tatbestand ein ungeheuer verwickelter. Alle Versuche der Reichsregierung, hinter die damaligen Transaktionen zu kommen, haben bisher zu einem greifbaren Ergebnis nicht geführt. Die aufgenommenen und später mit entwertetem Gelde zurückgezahlten Kredite haben ja mancherlei Wege genommen. Sie sind in Gebäuden und Maschinen angelegt worden, mit denen aber die Reichsfinanzverwaltung zur unmittelbaren Nutzbarmachung für die steuerlichen Interessen des Reiches nicht viel anfangen kann. Infolgedessen sucht die Reichsregierung durch die Verordnung die Ermächtigung zu bekommen, tiefer in die wirtschaftlichen Vorgänge hineinzuschauen. Man wird eine sehr ernste Prüfung darüber vornehmen, ob und wie eine Heranziehung solcher Geschäfte und Geldentwertungsgewinne erfolgen kann. Im Effekt kämen diese Maßnahmen auf eine vollständige Beseitigung des Bankgeheimnisses hinaus, denn es ist gar nicht zu erkennen, wie anders die Reichsregierung zur Kenntnis dieser Dinge kommen will. Ob aber die technische Möglichkeit zu einer solchen Nachprüfung überall gegeben ist, erscheint doch sehr fraglich.

Die deutschen Bauernvereine und Kosten der Hypothekenbeschaffung.

Anläßlich der Wintertagung der Vertreter aller deutschen Bauernvereine wurde nachstehende Entschließung gefaßt:

„Bei der Entwertung der Papiermark in den Nachkriegsjahren war eine Erhöhung der Gerichts- und Notariatsgebühren gerechtfertigt. Nachdem aber heute die Objekte und ebenso die Gebühren wieder in wertbeständigen Zahlungsmitteln berechnet werden, müssen nunmehr diese Gebühren auf den Vorkriegssatz herabgesetzt werden. Pfandbriefe, die heute die Landwirtschaft infolge der ungünstigen Rentabilität der Landwirtschaft und der neuen Steuergesetzgebung in großem Umfange aufnehmen muß, sind heute nur zum halben Preise des Roggens bezw. Betrages des Pfandbriefes unterzubringen. Wenn nun zu diesem Verluste auch noch ungerechtfertigt hohe Gebühren kommen, so ist dadurch der Hypothekarkredit praktisch unmöglich gemacht. Die deutschen Bauernvereine fordern daher, daß die Gerichts- und Notariatsgebühren unverzüglich wieder auf den Vorkriegsstand gebracht werden und daß bezüglich der Uebertragsverträge diese Bestimmung mindestens bis 1. Oktober 1923 rückwirkend gilt."

Immer noch Spekulation mit den heimischen Anleihen.

Trotzdem am Markt der heimischen Anleihen dieser Tage ein empfindlicher Kurssturz eintrat, der den bis dahin erreichten Kursstand um die Hälfte ermäßigte, sind immer noch spekulativer Machenschaften am Werk, um größere Käuferschichten für Transaktionen mit dem Ziel spekulativer Gewinne zu interessieren. Jetzt hat sich abermals eine Abschwächung der Reichs- und Preußischen Staatsanleihen vollzogen, und auch dies ist auf spekulative Machenschaften zurückzuführen, die jene Kreise ins Werk setzen, die den erreichten hohen Kursstand benutzen, um die Zwischengewinne mitzunehmen, und die dann die Baisse wieder ausnutzen um sich einzudecken. Der Leidtragende in solchen Fällen immer das solide Publikum, das zuerst im Vertrauen auf Kurssteigerung sich engagierte, dann aber aus Sorge vor weiteren Verlusten zu niedrigen Kursen loszuschlagen gezwungen ist. Bei der neuen Abschwächung spielten Börsengerüchte und Börsenmanöver eine Rolle, die dahin gingen, es käme überhaupt keine Aufwertung der Anleihen jemals in Frage, ja, es würde sogar ein ausdrückliches Verbot einer solchen Aufwertung ergehen. Man kann nur dringend raten, mit großer Vorsicht Börsengeschäfte von heute, jedenfalls nicht ohne zuverlässige Beratung, zu inszenieren. Die Lage an der Börse ist ohne hin heute eine völlig veränderte gegenüber den Zeiten der Inflation. Und da große Schichten der Bevölkerung gezwungen sind, Effekten zu verkaufen, um bare Mittel für ihre Lebensbedürfnisse zu erhalten, steht die Börse unter einem starken Druck. Man wird sich auch in der Auswahl der Effekten wieder daran gewöhnen müssen, auf den inneren Substanzwert der Papiere wie überhaupt auf die geschäftlichen Grundlagen, auf den Beschäftigungsgrad usw. zu achten.

Bezirkstagung des Lebensmittelhandels.

Der „Westland" Rhein.-Westf. Länderverband der Kolonialwarenhändler e. V. veranstaltet am Mittwoch, dem 6. Februar, nachmittags 2 Uhr in Essen, in der Erholung 2, Hagen 50, eine Bezirkstag, zu dem er alle Lebensmitteleinzelhändler einladet. Es werden u. a. sprechen: Kaufmann Joh. Jansen-Barmen, M. d. L. über: Die Industrie als Einkäufer und Verteiler von Lebensmittel. Dr. Vogelsang-Köln über: Die Pflichtorganisation des Handelns. Assessor Feldmann-Gelsenkirchen über: Die Neuregelung der Marktordnung. Dr. Esch-Duisburg, über: Einzelhandel und Kommunalwahlen.

Elberfelder Schlachtviehmarkt.

WTB **Elberfeld,** 4. Febr. (Drahtnachricht.) Bericht der amtlichen Notierungskommission. Auftrieb 454 Stück Großvieh, davon 103 Ochsen, 42 Bullen, 369 Färsen und Kühe, 15 Fresser, 2250 Schweine, 408 Kälber und 42 Schafe. Preise für 50 Kg. Lebendgewicht:

Rinder: a Ochsen 45—48, b 40—43, c 34—36, d 25—30.

B Bullen a 32—30, b 25—30, c 20—25.

C Färsen und Kühe a 45—48, b 40—43, c 30 bis 35, d 20—25, e 12—20.

D Jungvieh a 20—25.

Kälber a —, b 60—65, c 55—60, d 40—48, e 30—40,

Schafe (Weideschafe) a 30—40 b 20—22.

Schweine a 50—52, b 52—54, c 55—58, d 40 bis 50. Tendenz des Marktes in allen Gattungen: mittleres Geschäft.

:: **Die Volksküche Olpe** konnte im Monat Januar ihre segensreiche Tätigkeit in größerem Umfange fortführen. Es wurden im Monat Januar an 26 Tagen 3385 Mittagessen verausgabt, darunter 3246 zu dem billigsten Preise — heute 10 früher 15 Pfennig — und 139 zu dem höheren Preise — heute 30, früher 40 Pfennig —. Vereine und Privatpersonen kauften 1639 Karten, die Bedürftigen unentgeltlich überlassen wurden. An freiwilligen Spenden gingen in bar ein **M. 498,20,** Lebensmittel wurden gestiftet im Werte von **M. 144,65.** An den Stiftungen in Lebensmittel sind außer den Einwohnern von Olpe die Einwohner der Ortschaften Held, Römershagen und Rhonard beteiligt. Allen Spendern gebührt herzlichen Dank.

Die St. Franziskus-Schule hierselbst, Lyzeum und Oberlyzeum der Franziskanerinnen, macht darauf aufmerksam, daß sie nach wie vor Schülerinnen aufnimmt, vom 1. Schuljahr ab, also mit dem Beginn der Schulpflicht im Alter von 6 Jahren.

Das Oberversicherungsamt Arnsberg hat mit Wirkung vom 1. Februar 1924 bis auf weiteres den durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter für die je eines Monats festgesetzt. Er berechnet sich auf das 200fache folgender Beträge: für männl. Arbeiter unter 16 Jahren 1.— M., von 16—21 Jahren 1,20 M., über 21 Jahre 1,40 M., für weibl. Arbeiter unter 16 Jahren 0,80 M. von 16 bis 21 Jahren 1,00 M., über 21 Jahre 1,20 M., vervielfacht mit der zuletzt vor dem Monatsbeginn veröffentlichten Reichszahl. Eine Abrundung findet nicht statt. Die Festsetzung ändert sich demnach gegebenenfalls mit dem 1. jeden Monats ohne daß eine besondere Bekanntmachung erfolgt.

!! **Attendorn,** 5. Febr. Auf der Strecke Finnentrop—Attendorn ist ab Finnentrop nachmittags noch eine Fahrgelegenheit nach Attendorn geschaffen (Güterzug mit Personenbeförderung) Finnentrop ab 7.10 Uhr, Attendorn an 7,40 Uhr nachmittags.

Soziales.

Der Schiedsspruch im rheinischen Braunkohlenbergbau verbindlich.

WTB **Köln,** 5. Febr. (Drahtnachricht.) Das Reichsministerium hat den am 8. 1. unter dem Vorsitz des Reichskommissars Mehlich über die Arbeitszeit im Braunkohlenbergbau gefällten Schiedsspruch für verbindlich erklärt. Die wichtigsten Bestimmungen des Schiedsspruches waren: Wiedereinführung der 10stündigen Arbeitszeit, Zahlung der 2stündigen Mehrarbeit, Festsetzung des Durchschnittslohnes für die 8stündige Schicht auf 4,20 M., sodaß der Schichtlohn für die 10stündige Schicht 5,25 M. beträgt.

Weiteres Fortdauern des Streiks.

WTB **Köln,** 5. Febr. (Drahtanschrift.) Der Streik im rheinischen Braunkohlenrevier dauert unverändert an. Auf der Grube Gottesgeist haben die Streikposten den Landabsatz in Briketts so sehr behindert, daß die Lieferung eingestellt werden mußte.

Das Zusammenbrechen der kommunistischen Streiks im Düsseldorfer Bezirk.

h **Düsseldorf,** 4. Febr. (Privatdrahtnachricht.) Bei den Düsseldorfer **Mannesröhrenwerken,** die bekannt sind als **Zentrum der kommunistischen Bewegung,** haben die Arbeiter die Arbeit heute wieder aufgenommen. Bei den Werken von Rheinmetall erschienen über 3000 Arbeiter heute morgen, um die Arbeit wieder aufzunehmen.

Beendigter Streik bei den Bahnen im bergischen Lande.

WTB **Elberfeld,** 4. Febr. (Drahtb.) Die Angestellten der Elberfelder und Barmener Straßenbahn, der Schwebenbahn und der Kleinbahn nahmen heute die Arbeit **bedingungslos** wieder auf.

Fortdauer des Gemeindearbeiterstreiks

WTB **Elberfeld,** 4. Febr. (Drahtb.) Die Gemeindearbeiter von Barmen und Elberfeld verharren im Streik. Sie wollen erst den Schiedsspruch abwarten.

Weitere Feierschichten der Ruhrzechen infolge Wagenmangels.

Essen, 5. Febr. (Privatdrahtnachricht.) Auf zahlreichen Zechen herrscht noch empfindlicher Wagenmangel. Eine Besserung in der Wagengestellung ist bisher nicht eingetreten. **Einzelne Zechen müssen im Durchschnitt 2 Tage oder noch mehr feiern.** Auf der Zeche **Minister Achenbach** bei Dortmund haben in den verflossenen Wochen die Morgenschichte **beinahe mal** und die Mittags- und Nachtschichten **6 mal feiern müssen.** Was der Lohnausfall (ungefähr die Hälfte), für die Bergarbeiter und ihre Familien bedeutet, kann wohl jeder ermessen. Auf der Zeche **Lothringen** bei Bochum mußten die **Belegschaften sämtlicher Schichten** feiern, weil überhaupt **keine Wagen** gestellt wurden. Weitere Feierschichten haben die Zechen **Minister Stein, Zollern 2, Hamburg und die Zeche Königin Elisabeth** eingelegt.

Letzte Telegramme.

Die Erzbergermörder verhaftet.

Budapest, 4. Febr. Im ungarischen Reichstag wurde die Nachricht verbreitet, daß die beiden Erzbergermörder **Schulz und Tillessen verhaftet** worden sind. Nach angestellten Untersuchungen liegt der Fall folgendermaßen:

Schulz und Tillessen sind in Ungarn. Sie haben Ungarn seit dem Tage ihres Eintreffens nicht verlassen. Die Meldung, die Mörder seien nach Spanien geflohen, war auf Täuschung der deutschen Behörden gerichtet. In Wahrheit sind Schulz und Tillessen auf einem landwirtschaftlichen Gut in Ungarn seit Jahr und Tag tätig. Ihr Aufenthaltsort war den mit Hitler verbundenen nationalistischen Gruppen wohl bekannt. Mit dem Zusammenbruch der Hitlerei ist auch die Auflösung der Weißen Banden in Ungarn in Gang gekommen. Die Verschwörergeheimnisse kamen ans Licht. Vor einigen Tagen ist nun der **deutsche Gesandte** von dem Aufenthaltsort der Erzbergermörder verständigt worden. Er hat die ihm gemachten Mitteilungen nach Berlin weiter gegeben. Nunmehr hat der deutsche Gesandte namens der deutschen Regierung an das ungarische Ministerium des Innern das Ersuchen gerichtet, die Erzbergermörder zu **verhaften,** wobei das **gesetzliche Auslieferungsbegehren sofort eingeleitet** wird. Das Verlangen der deutschen Regierung ist von den ungarischen Behörden bis **heute nicht erledigt worden.** Es fehlt in der unmittelbaren Umgebung des Reichsverwesers Horty nicht an schützenden Geistern für Schulz und Tillessen. **Dennoch wird eine Verschleppung der Angelegenheit bei der Regierung des Grafen Bethlen** kaum durchzusetzen sein. Da der Aufenthaltsort der Erzbergermörder nicht nur dem Berliner Auswärtigen Amt, sondern, auch den ungarischen Behörden genau gemeldet wurde, ist anzunehmen, daß Schulz und Tillessen inzwischen in festes Gewahrsam genommen worden sind. Eine weitere Begünstigung der Erzbergermörder würde nicht nur in Ungarn und Deutschland, sondern in ganz Europa den denkbar ungünstigsten Eindruck machen.

Die neugewählten russischen Machthaber.

WTB **Moskau**, 4. Febr. Die von der neugebildeten Zentralexekutive gewählte Union-Regierung setzt sich wie folgt zusammen: Präsident des Rates der Volkskommissare **Rukow**, Stellvertreter des Präsidenten **Kamenew**, Auswärtiges **Tschitscherin**, Krieg **Trotzki**, Außenhandel **Krassin**, Verkehr **Rudsutak**, Post **Smirnow**, Inspektion **Sokolnikow**, Präsident des obersten Volkswirtschaftsrats **Dscherschinski**.

Die österreichischen Staatsmänner auf der Reise.

Bundeskanzler Seipel und Außenminister Dr. Grünberger sind nach Bukarest abgereist.

WTB **Düsseldorf**, 5. Febr. (Drahtb.) Nachdem die Besatzungsbehörde für Wohnungszwecke das Gerichtsgebäude beschlagnahmt hatte, forderte sie neuerlich 120 Wohnung von 1—2 Zimmern und 140 Wohnungen von 4—5 Zimmern an.

Vermischtes.

* **Ramsay Macdonald, der Gentleman.** In Nr. 2 der Deutschen Bergwerkszeitung findet sich folgende zur Kenntnis der Persönlichkeit des englischen Arbeiterleaders wertvolle Erzählung:

Als der ehemalige Kaiser das letzte Mal nach England gefahren war, lernte er bei einem Frühstück, das der damalige Kriegsminister Haldane ihm gab, auch Ramsay Macdonald kennen. Das Zusammentreffen war verabredet worden, und die beiden Männer hatten eine lange Unterredung streng unter vier Augen. Die deutsche Presse war natürlich begierig, zu erfahren, was der Kaiser dem Führer der englischen Arbeiterpartei und der englischen Sozialisten gesagt habe, und so schickte ein großer Berliner Pressekonzern einen deutschen Journalisten, der mit Macdonald befreundet war, nach London, um ihn zu interviewen. Dieser wandte sich zunächst Donald und seine Freunde ihm im Unterhause gaben ihm saßen. Aus ihnen war nur herauszubekommen, daß Mac — so nennen sie ihn vertraulich — sie zwar gefragt habe, ob er die Einladung annehmen solle, aber von dem, was zwischen ihm und dem Kaiser gesprochen worden sei, habe er ihnen kein Wort gesagt. Des Abends versuchte der Journalist selbst sein Glück bei einem kleinen Essen, das Macdonald und seine Freunde ihm im Unterhause gaben als Dank für freundliche Dienste, die er ihnen bei ihrem wiederholten Aufenthalte in Deutschland geleistet hatte. Der deutsche Journalist saß zur Rechten Macs, und er bohrte nach besten Kräften, aber das Einzige, was er aus ihm herausbekam war, daß der Kaiser ein ausgezeichnetes Englisch gesprochen habe. Nach Jahresfrist fragte der Journalist Macdonald ob er nicht gemerkt habe, was er damals von ihm zu erfahren gewünscht habe, und auf diese Frage erhielt er die Antwort: „Wohl habe ich es gemerkt, aber müßte doch kein Gentleman sein, wenn ich ein Wort von dem, was zwischen uns im Vertrauen gesprochen worden ist, preisgegeben hätte." — Das charakterisiert den Mann, das ist aber auch kennzeichnend für die Erziehung dieser Männer und vielleicht des ganzen Volkes. In jedem anderen Lande der Welt wäre am nächsten Tage soviel durchgesickert, daß die Blätter unter sensationellen Ueberschriften hätten Spalten füllen können. Was zwischen Macdonald und dem Kaiser gesprochen worden ist, das weiß heute, nach zwölf oder fünfzehn Jahren, außer den beiden noch kein Mensch.

Konkurse im Januar 1924. Die Anzahl der Konkurseröffnungen hat im ersten Monat des neuen Jahres, zugleich dem ersten vollen Monat der Währungs-Festigung, ziemlich erheblich zugenommen. Nach einer Zusammenstellung der Finanzzeitschrift Die Bank wurden im Januar 28 Konkurse eröffnet, gegen 18 im Dezember und 25 im Januar vorigen Jahres.

Druck und Verlag:
Verlagsanstalt J. I. Ruegenberg, Olpe
verantwortlich für die Gesamtredaktion: Dr. phil. Albert Wand in Olpe; für die Berliner Redaktion: Dr. Krauß in Berlin-Schöneberg.

Bekanntmachung.

betr.: Festsetzung des durchschnittlichen Jahreseinkommens land- u forstwirtschaftlicher Arbeiter gem. 936 Abs. 2 R. V. O.

Vom 1. Februar 1924 bis auf weiteres wird im Bezirk des Oberversicherungsamtes Arnsberg der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter gemäß § 936 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung jedesmal für die Dauer eines Monats festgesetzt.

Er berechnet sich auf das Zweihundertfache folgender Beträge:

für männliche Arbeiter:

unt. 16 Jahr.	v. 16—21 Jahr.	über 21 Jahre
1,— M.	1,20 M.	1,40 M.

für weibliche Arbeiter:

unt. 16 Jahr.	v. 16—21 Jahr.	über 21 Jahre
0,80 M.	1,— M.	1,20 M.

vervielfältigt mit der zuletzt vor dem Monatsbeginn veröffentlichten Reichsrichtzahl. Eine Abrundung findet nicht statt.

Die Festsetzung ändert sich mit dem 1. jeden Monats, ohne daß eine besondere Bekanntmachung erfolgt.

Arnsberg, den 21. Januar 1924.

Oberversicherungsamt.

Wir liefern sämtliches

Radio-Rundfunk-Gerät



und übernehmen den Bau der erforderlichen Antennen.
Antennen-Material liefern wir zu den billigsten Preisen.

Gebr. Cordes
Elektrotechnisches Geschäft (w85
Altenhundem. Telefon 81 Kirchhundem.

Erstklassige

Ruhrkohlen u. Koks

für Industrie und Hausbrandzwecke

liefern direkt ab Zeche und zu den billigsten Preisen

Alfred Holländer G. m. b. H.
Freudenberg (Kreis Siegen),
Fernspr.: Amt Freudenberg Nr. 11 u. 89.

---

la Haferflocken
Weizenmehl
Roggenschrot
Roggenmehl 85%
Roggenmehl 65%
Roggen — Gerste
Hafer
Weizenkleie
Vollmehl

empfiehlt billigst (†)291
Wilhelm Schleifer Nachf.

Empfehle billigst:

la. Weizenkleie
„ Roggenkleie
„ Vollmehl
„ Gerste
„ Mais
„ Weizenmehl
„ Roggenvorschuß
„ Roggenschrot.

Alb. Deimel,
(†)331) Olpe.

Radio — Du Köstlichste der Gaben —
Was nützt Du denen, die „AMATO" noch nicht haben.

Radio-Amato,

der beste Empfangsapparat.

Vorzügliche Aufnahmen der Radio-**Konzerte, Vorträge, Tagesnachrichten** aus

Berlin — London — Paris.

Generalvertreter:
Neheimer Metallindustrie G. m. b. H.
Neheim, Fernsprecher 16 und 500.

Untervertreter, die geeignete Vorführungsräume zur Verfügung haben, an allen Plätzen gesucht.

Bücherpreise — Friedenspreise

Wir unterhalten ständig eine grosse Auswahl gediegener Werke von namhaften Autoren.

Schiller, Goethe, Storm, Weber, Herzog, Bloem, Krane, v. Brakel etc.

Ruegenberg'sche Buchhandlung

Olpe, Bahnhofstraße 3.

Geschäftszeit: vormittags ½9—12½ Uhr, nachmittags ½2—5 Uhr.

Erhalte in den ersten Tagen einen Waggon

Thomasmehl

mit 15% Stickstoffgehalt und nehme Bestellungen solange Vorrat reicht, entgegen. (†)330)

Johann Schröder,
Holz- und Kohlenhdlg.,
Marienstr. 44, Tel. 144.

Am Montag, den 28. cr. ist mir von 2 Bettlern ein junger

Schäferhund

auf den Namen „Rex" hörend

gestohlen

worden. Farbe grau. Vor Ankauf wird gewarnt. Dem Wiederbringer sichere hohe Belohnung zu. (†)296)
Peter Hatzfeld-Liese,
Benolpe
bei Welschenennest

Schauspielhaus Hagen.

Spielplan.

Mittwoch, 6. Februar, Freie Volksbühne, „Martha", 7½ Uhr.
Donnerstag, 7. Februar, Bühnenvolksbund, „Tannhäuser", 7 Uhr.
Freitag, 8. Februar, Miete A, „Das Rheingold", 7½ Uhr.
Samstag, 9. Februar, „Katja, die Tänzerin", 7½ Uhr.
Sonntag, 10. Februar, Bühnenvolksbund, „Der keusche Lebemann", 3 Uhr, „Die verkaufte Braut", 7½ Uhr.

Morgen — Mittwoch — abd. 8½ Uhr b. Tillmann

Pflichtabend.

Aufnahme der Junggesolgschaft. Abschied für ausscheidende Mitglieder. Vollzähl. Erscheinen notwendig.

Der Großmeister.

Bekanntmachung.

Zwecks Aufnahme der zu Ostern ds. Js. schulpflichtig werdenden Kinder werden die Eltern, Pflegeeltern und Vormünder hiermit aufgefordert, ihre Kinder, die bis September ds. Js. einschließlich 6 Jahre alt werden, in der Zeit vom 6.—13. ds. Mts. auf dem Zimmer 7 des Rathauses während der Verkehrsstunden von 9½—12 Uhr vormittags unter Angabe der zu besuchenden Schule anzumelden. Früher zurückgestellte Kinder sind ebenfalls anmeldepflichtig. Soweit die Kinder nicht in Olpe geboren sind, ist der Geburtsschein beizubringen.

Für Kinder, die wegen körperlicher und geistiger Schwäche von der Schulpflicht zurückgestellt werden sollen, bedarf es der Vorlage eines kreisärztlichen Zeugnisses.

Olpe, den 4. Februar 1924.

(†334) **Der Bürgermeister.**

Zuverlässiger, durchaus vertrauenswürdiger

junger Mann

mit guter Ausbildung und angenehmen Umgangsformen für Schreibstube und Laden eines feineren Geschäftes in gutbezahlte, angenehme Dauerstellung nach Siegen gesucht. Eintritt spätestens Ostern. Selbstgeschriebene Bewerbungen mit Bild und allen Zeugnisabschriften, sowie Angabe von Empfehlungen unter †303 an diese Zeitung erbeten. Verschwiegenheit zugesichert.

S. G. V. Drolshagen.

Am Mittwoch, abends 8 Uhr,

Generalversammlung

im Vereinslokal.

Der Vorstand
Schlösser.

Holzverkauf.

Die Jahnschaft Olpe verkauft am Sonnabend, den 9. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr, im Gasthof zum Schwanen meistbietend gegen Barzahlung

100 rm Knüppelholz

aus dem Distrikt Alemicke. Das Brennholz wird nur an Olper Bürger verkauft.

Olpe, den 4. Februar 1924.

Der Jahnschaftsvorsteher.

Kaufe laufend

Grubenhölzer

aller Dimensionen oder dazu passende

Waldbestände.

Hub. Reuter
Lichtringhausen-Attendorn.
(r95) — Fernruf 181 —

Moderne

WERKSTATT

FÜR AUTOMOBILE, MOTORRAEDER u. FAHRRAEDER

Heinr. Clemens,
OLPE i. W.
Winterbergstr. 4 Telefon 272.

Landwirte!
Maschinen und Geräte sind zu Friedenspreisen wieder lieferbar, grösstenteils ab Lager.
Anton Offermann & Sohn, Gummersbach, Mühlenstr. 20, Fernspr. 242.

Umstellung der Buchführung auf Goldmark
Aufstellung von Goldmark-Bilanzen

Carl Schaeffer,
Attendorn, (†)327
von der Handelskammer Altena öffentlich angestellter und beeidigter Bücherrevisor.



Die Ideal-Schreibmaschine wird infolge ihres leichten Anschlages und ihrer Dauerhaftigkeit überall bevorzugt.

Generalvertreter für den Kreis Olpe
Gottfr. Marx, Olpe.

Reine Wollgarnsocken
liefert am billigsten
Strickerei Hecker-Steins Heinsberg
Preise frei. (†

Rheinische Kaffee-Groß-Rösterei (unbes. Gebiet) sucht rührigen

Vertreter,

der bei der einschlägigen Kundschaft gut eingeführt ist. Off. u. Nr. †320 an d. Geschäftst. ds. Bls.

Teilhaber

für rentable industrielle Zwecke gesucht. Offerten unter H. Z. †275 an die Geschäftst. ds. Bls.